

ITA

# BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR  
INFO-TÜRK AGENCY**

**MONATLICHES INFORMATIONSBLATT**  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 0032 - 2 - 230 34 72 Belgien

4. Jg. - April 1980

Deutsche Ausgabe Nr. 18

Preis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt



## SEILTANZ DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK

ANKARA (ITA) - Die Aufforderung der US-Regierung an die Türkei, sich mit den anderen Verbündeten der Vereinigten Staaten an einem Handelsembargo gegen das Regime des iranischen Schiitenführers Chomeiny zu beteiligen, brachte die türkischen Außenpolitiker in eine Zwickmühle. Es war in der Tat schwierig, einerseits einen schroffen Gegensatz zum Iran zu vermeiden, andererseits die Bindungen an die USA zu verstärken. Daraufhin ließ das türkische Außenministerium melden, daß die Bitte der US-Regierung im Lichte der besonderen Beziehungen der Türkei zum Iran geprüft werde.

Die Türkei und der Iran hatten bereits damit begonnen, umfangreiche Wirtschaftsvereinbarungen zu treffen, die den gestiegenen türkischen Bedarf an iranischem Rohöl befriedigen sollten. Andererseits sollte der Iran angesichts der Wirtschaftssanktionen der USA seine Importe aus der Türkei steigern. Berichten zufolge ist bereits ein großer Anstieg des grenzüberschreitenden Handelsverkehrs zwischen der Türkei und dem Iran zu verzeichnen.

Premierminister Demirel räumte ein, daß sich in der Türkei eine wachsende Besorgnis ausbreite, die aus dem amerikanisch-iranischen Streit um die Botschaftsgeiseln und den ständig zunehmenden Grenzzwischenfällen zwischen Iran und Irak resultieren.

Dennoch scheint die Regierung in diesen Fragen neutral bleiben zu wollen, besonders seit nach dem Abschluß des neuen Militärvertrags zwischen den USA und der Türkei das Pentagon und seine Verbündeten im Nahen Osten immer offener über ihre Vorstellungen bezüglich der Türkei in dieser Region zu sprechen begannen.

Der israelische Verteidigungsminister Ezer Weizmann sagte am 23. März 1980 zu der türkischen Wochenzeitschrift Yanki: "Die Türkei ist die größte Macht gegen die sowjetische Expansion im Nahen Osten, aber die USA sollten hier auch engagiert bleiben." In der gleichen Zeitschrift sagte der israelische Premier Menachem Begin am 30. März 1980: "Israel und die Türkei fungieren heute als wirksame und verlässliche Puffer gegen die sowjetische Expansion in dieser Region."

Die Tageszeitung Hürriyet hatte bereits am 27. Dezember 1979 darüber berichtet, daß die USA den Aufbau einer pro-westlichen Militärallianz im Nahen Osten unter Beteiligung der Türkei, Israels, Ägyptens und Saudi Arabiens planen.

Nach einer Meldung der Tageszeitung Cumhuriyet vom 17. März 1980 haben die USA die türkische Regierung um die Erteilung einer Überfluggenehmigung für den Fall einer amerikanischen Militärintervention im Persischen Golf gebeten.

Nach Meldungen der gleichen Zeitung besuchen amerikanische Diplomaten auffällig häufig die an andere Nahostländer grenzenden türkischen Provinzen.

Am 6. April 1980 kam eine Delegation aus fünf Mitgliedern des US-Senats in die Türkei zu Gesprächen mit den wichtigsten Politikern des Landes. Sie berichteten, daß sie vor ihrem Besuch in der Türkei das US-Schiff Coral Sea im Indischen Ozean besucht hatten und fügten hinzu: "Die Kommandeure des Schiffs warten nur darauf, bestimmte Ziele im Iran bombardieren zu können."

### Ein äußerst teurer Kredit für die Türkei

Unmittelbar nach dem Besuch der US-Senatoren kam am 10. April 1980 ein achtköpfiges Experten-Team des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Ankara, um die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei seit dem 25. Januar 1980 zu untersuchen. Das IWF-Team, unterstützt durch Experten der Weltbank, drängte die türkische Regierung zu einigen weiteren Sparmaßnahmen: strengere Beschränkung der Zentralbankkredite für die öffentliche Hand; Beschränkung der kurzfristigen Anleihen des Finanzministeriums; Kürzung der Haushaltsmittel für öffentliche Einrichtungen, besonders die staatlichen Wirtschaftsbetriebe; neue Preiserhöhungen für die Güter und Dienstleistungen dieser Unternehmen; Dämpfung der Lohnerhöhungen; erneute Abwertung der türkischen Lira.

Bereits am 8. Februar 1980 hatte der wichtigste Wirtschaftsberater des Premierministers, Turgut Ozal, dem Vorsitzenden der Weltbank McNamara einen Brief überreicht, in dem dieser internationalen Finanzorganisation wichtige Kontrollrechte in der türkischen Wirtschaftspolitik zugesprochen werden. Daraufhin hatten 66 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei die Regierung beschuldigt, die türkische Souveränität an Ausländer abgetreten zu haben und eine parlamentarische Untersuchung beantragt.

Nachdem die türkische Regierung die oben genannten Bedingungen erfüllt hatte, schnürten die hochindustrialisierten OECD-Staaten auf einer Sitzung am 16. April 1980 in Paris ein 1,16-Milliarden-Dollar-Hilfspaket "zur Wiederherstellung der türkischen Wirtschaft". Die reichen Länder beteiligten sich zu folgenden Anteilen an dem Paket (in Millionen Dollar): USA und BRD je 295, Italien 115, Japan, Frankreich und die EG je 100, Schweiz 37,5, Großbritannien 33, Niederlande 22, Österreich 15, Kanada 10,5, Belgien, Schweden und Norwegen je 10, Dänemark 5, Finnland 3,5 und Luxemburg 1.

Doch selbst diese 1,16-Milliarden-Dollar-Hilfe wird kurzfristig keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bringen, denn mit dem neuen OECD-Kredit belaufen sich die türkischen Auslandsschulden auf nunmehr 18,2 Milliarden Dollar. Nur ein Teil des neuen Kredits - 650 Millionen Dollar - kann frei verwendet werden; und diese Summe reicht nicht einmal aus, um die türkische Ölrechnung für drei Monate zu begleichen.

"Jetzt geht's darum, das Geld für unsere Öleinfuhren aufzutreiben", sagte Turgut Ozal nach Verabschiedung der OECD-Hilfe. Am gleichen Tag traf sich Demirel in Ankara zu geheimen Gesprächen mit einem gewissen Adnan Kashoggi, der für dunkle Öl- und Waffengeschäfte "hinter verschlossenen Türen" bekannt ist. Oppositionsführer Ecevit verurteilte Demirels Verhandlungen mit solch "zweifelhaften Persönlichkeiten" und sagte wörtlich: "Wenn ein Land seine Wirtschafts- und Energieprobleme nicht aus eigenen Kräften lösen kann, dann treten solche zweifelhaften Persönlichkeiten auf die Szene."

Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse

Einer der Hauptangriffspunkte im Forderungskatalog des IWF waren die Löhne und Gehälter. Durch den IWF ermuntert forderte daraufhin der Generalsekretär der türkischen Arbeitgebervereinigung Rafet Ibrahimoglu eine landesweit einheitliche Lohnpolitik.

Unter diesem Druck von zwei Seiten erklärte Arbeitsminister Cavit Erdemir, daß ein geplantes Gewerkschaftsgesetz bald beschlußreif sei und daß darin das Recht auf Tarifautonomie "den Erfordernissen des Landes angepaßt" werde. Er fügte hinzu: "Generalstreiks, Boykotte und Betriebsbesetzungen sind illegale Handlungen. Die Lücken in den Gesetzen, die solche illegalen Protestmaßnahmen der Arbeiter ermöglichen, müssen gestoppt werden."

Auch schon vor Verabschiedung solcher Bestimmungen hatte der Ministerrat zahlreiche Streiks in der Metall- und Nahrungsmittelindustrie und im Energiesektor aufgehoben. Nach einer Untersuchung der Tageszeitung Cumhuriyet haben die Regierungen in den letzten 17 Jahren mit Hilfe von Artikel 21 des Tarifverhandlungsgesetzes in 160 Fällen Streiks aufgehoben bzw. verboten. Der besagte Artikel ist der amerikanischen Rechtsprechung (Taft-Hartley Act) entlehnt.

Allein in der bisher viermonatigen Amtszeit Demirels sind 100.000 Arbeiter in staatlich geführten Betrieben aus politischen Gründen entlassen worden. Doch trotz solcher undemokratischer Maßnahmen nehmen die in der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften und deren Streikaktivitäten weiter zu. Auch die vom IWF vorgeschriebenen Sparmaßnahmen zwingen die Gewerkschaften eine härte Haltung einzunehmen. Unmittelbar nach der Regierungsübernahme mit der IWF-Delegation wurde am 13. April die türkische Lira um 5,3% abgewertet. Die türkische Presse erwartet für die nahe Zukunft weitere "Veränderungen".

Die von staatlichen Statistischen Büros veröffentlichten Zahlen zeigen zudem, daß die arbeitende Bevölkerung unter einer Super-Inflation zu leiden hat, die derzeit eine Steigerungsrate von 140% gegenüber dem Vorjahrsonat ausweist. Dies ist die höchste Inflationsrate in der 57-jährigen Geschichte der türkischen Republik. Versorgungsmängel, die alle Güter vom Speiseöl bis zur Glühbirne betreffen, führen zu Entstehung von Schwarzmärkten mit Preisen, die noch wesentlich über den offiziellen Zahlen liegen.

Um die Reaktion der arbeitenden Massen auf diese Entwicklung mit Entschlossenheit zu demonstrieren hat die DISK beschlossen, in sechs Provinzen des Landes Veranstaltungen zum 1. Mai durchzuführen: Istanbul, Ankara, Izmir, Trabzon, Bitlis und Mersin.

Präsidentenwahlen: die Parteien spielen auf Zeit

Bei dem gegenwärtigen parlamentarischen Kräfteverhältnis versuchen alle im Parlament vertretenen Parteien die Wahl eines neuen Präsidenten der Republik so lange wie möglich hinauszuschieben. Die Amtszeit des 6. Präsidenten Republik Fahri Korutürk lief am 6. April 1980 aus; seither fungiert der Sprecher des Senats Ihsan Sabri Caglayangil gemäß der Verfassung als Interimspräsident.

Nach der Verfassung wird Präsident, wer 315 der insgesamt 635 Stimmen der Großen Nationalversammlung - das ist die gemeinsame Versammlung beider Häuser: Parlament und Senat - erhält. Weder die regierende Gerechtigkeitspartei noch die oppositionelle Republikanische Volkspartei ist mit ihren 264 bzw. 266 Stimmen in der Lage ihren eigenen Kandidaten durchzubringen. Ecevit's Republikanische Volkspartei hat den ehemaligen Luftwaffenkommandeur General Muhsin Batur benannt, der jedoch nur 263 Stimmen bekam, 72 weniger als zur Wahl notwendig. Der Kandidat der Gerechtigkeitspartei Saadettin Bilgic erhielt sogar nur 185 Stimmen; ihm fehlten 150 Stimmen an einer Mehrheit.

Es mutet in der Tat recht widersprüchlich an, daß der Kandidat der Ecevit-Partei ein General ist, der zu den vier Urhebern des Militärputsches vom 12. März 1971 gehörte, in dessen Folge es in der Türkei zu beispielloser Repression gekommen war. Andere Parteien werfen Ecevit daher Heuchelei vor.

Da Demirel weiß, daß die islamisch-fundamentalistische Nationale Heilspartei unmittelbar nach erfolgter Präsidentenwahl die jetzige Regierung zu Fall bringen will, bemüht er sich, einen erneuten Präsidentenwahlgang so lange wie möglich hinauszuzögern.

POLITISCHE MORDE

vom 14.März bis  
zum 15.April '80

ISTANBUL	64
URFA	43
ANKARA	24
MARDIN	19
ADANA	16
GAZIANTEP	11
SIIRT	10
DIYARBAKIR	9
SAMSUN	9
ESKISEHIR	7
AGRI	6
MERSIN	6
KAYSERI	5
MALATYA	5
MANISA	5
GIRESUN	4
HATAY	4
KARS	4
KONYA	4
TRABZON	4
IZMIR	3
ORDU	3
TOKAT	3
AMASYA	2
CORUM	2
ELAZIG	2
ERZURUM	2
TUNCELI	2
USAK	2
ANTALYA	1
ARTVIN	1
AYDIN	1
BALIKESIR	1
BURSA	1
KAHR.MARAS	1
KOCAELI	1
MUS	1
NEVSEHIR	1
RIZE	1
SINOP	1
SUMME	291
DEMIREL-AMTSZEIT	1164
GESAMTZAHL IN 4 JAHREN U.3 MONATEN	3374

Verstärkter Regierungsterror

Da die Regierung Demirel nicht in der Lage ist, für die wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes langfristige Lösungen zu finden, setzt sie auf kurzfristige Erfolge, indem sie einerseits mit zwielichtigen Persönlichkeiten zusammenarbeitet (vgl. oben) und andererseits mit repressiven Maßnahmen die fortschrittliche Opposition im Lande zu zerschlagen versucht.

Dagegen werden die "Grauen Wölfe" von der Regierung toleriert und sogar unterstützt; sie haben in den letzten Wochen ihre blutigen Überfälle verstärkt und die Zahl der politischen Morde blieb im letzten Monat nur wenig unter 300.

Unter den Opfern des Terrors im letzten Monat befinden sich Umit Kaftancioglu, Schriftsteller und Produzent für das türkische Fernsehen (Ankara 11.4.80), die Staatsanwälte Nurhan Aksu (Turgutlu 15.3.80) und Nihat Gercek (Niksar 9.4.80), der rechtsgerichtete Journalist Ismail Gerceksöz (Istanbul 4.4.80), ein Armeehauptmann (Mardin 29.3.80), der fortschrittliche Rechtsanwalt Aytekin Olcay (Konya 23.3.80), eine Armeeleutnant (Diyarbakir 20.3.80) und ein Agent des Staatlichen Geheimdienstes (Istanbul 29.3.80).

Am 4.April 1980 überfielen "Graue Wölfe" eine friedliche Demonstration, die von fortschrittlichen Vereinigungen in Eskisehir veranstaltet wurde und erschossen sieben Personen mit Maschinenpistolen.

Unter dem Vorwand dieses politischen Terrors beschloß die Regierung die Verlängerung des Ausnahmezustands in 19 Provinzen für weitere zwei Monate; hinzu kommt eine Ausweitung des Kriegsrechts auch auf die östliche Grenzprovinz Agri.

Am 13.April 1980 wurden auch zahlreiche Kadetten der Militärschule in Ankara in den politischen Terror verwickelt. Hunderte von ihnen stürmten den Park der Jugend in Ankara, riefen anti-kommunistische Slogans und schlugen auf eine dort arbeitende Folklore-Gruppe ein. In einem Kommuniqué der Kriegsrechtsbehörde Ankara wurde dieser Überfall der Kadetten nachträglich gerechtfertigt.

Neue repressive Gesetzesvorhaben

Da bestimmten einflußreichen politischen Kreisen in der Türkei der herrschende Ausnahmezustand noch nicht auszureichen scheint, drängen sie die Regierung, neue Gesetze mit weiteren repressiven Maßnahmen zu verabschieden:

- der Justizausschuß des Parlaments hat bereits einer Gesetzesvorlage zugestimmt, nach der es den Kriegsgerichten erlaubt sein wird, anhängige Verfahren auch nach Aufhebung des Ausnahmezustands noch nach dem Kriegsrecht zu Ende zu führen;
- ein weiteres Gesetz ist in Vorbereitung, daß die Einrichtung einer Notregierung im Falle eines Krieges oder einer Krise vorsieht. Dem Gesetzentwurf zufolge können die Sicherheitskräfte autorisiert werden, bestimmte als "innere Feinde" klassifizierte oppositionelle Gruppen zu liquidieren.
- Ein weiterer Gesetzentwurf der Regierung sieht vor, daß private Wirtschaftsbetriebe zukünftig eigene uniformierte Sicherheitsgarden und Spezialtruppen unterhalten dürfen.
- Das Innenministerium hat die Sicherheitsorgane ermächtigt, jede Person, die sich auf der Fahndungsliste befindet, nötigenfalls zu erschießen.

- Das gleiche Ministerium bekam mit der Ausgabe von Waffenscheinen an Mitglieder der Nationalen Bewegungspartei (MHP) und der neo-nazistischen "Grauen Wölfe".
- Schließlich hat der Nationale Sicherheitsrat die Regierung und das Parlament aufgefordert, außerordentliche Staatssicherheitsgerichte wiedereinzurichten; solche Gerichte waren durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts geschlossen worden.

Verstärkte Einheit der fortschrittlichen Kräfte

Angesichts dieser wachsenden Unterdrückung haben die fortschrittlichen Kräfte der Türkei ihre Bemühungen um größere Einheitlichkeit im Kampf verstärkt. Der Zweite Kongress des Türkischen Friedenskomitees, der vom 3. bis 5. April 1980 in Istanbul stattfand, war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Zum erstenmal sind alle fortschrittlichen Parteien und Gruppen im neuen Vorstand des Friedenskomitees vertreten.

VIERTER FIDEF-KONGRESS

FRANKFURT AM MAIN (ITA) - Vom 4. bis 6. April 1980 fand in Frankfurt am Main der vierte Kongreß der Föderation türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF) statt.

Im Bericht des Vorstands hieß es, daß "die FIDEF ihre Türen allen Arbeitern öffnet, außer solchen, die in faschistischen, maoistischen oder links-spontaneistischen Strömungen organisiert sind. Sie wird ihre Bemühungen um Einheit und gemeinsamen Kampf aller türkischen Arbeiter für ihre konkreten Probleme fortsetzen. Sie ist keine Unterorganisation irgendeiner politischen Partei und achtet stets streng darauf, eine demokratische Massenorganisation mit Klassencharakter zu sein."

Leider entsprachen jedoch die vom Kongreß verabschiedeten Resolutionen nicht diesem Anspruch. Einige Vorfälle während des Kongresses belegten zudem, daß die FIDEF nicht wirklich die demokratische Massenorganisation aller Arbeiter ist, sondern eine Organisation, die von einer ganz bestimmten politischen Gruppe dominiert wird.

Trotz der Tatsache, daß alle Sozialisten und fortschrittlichen Kräfte in der Türkei der Gefahr von Ermordung, Inhaftierung und Folter ausgesetzt sind, erwähnt der FIDEF-Bericht nur solche Fälle, die sich auf die Mitglieder einer ganz bestimmten politischen Gruppe beziehen; diese Gruppe tritt in der Türkei unter dem Namen "Gruppe der Einheit und Solidarität" und in der Bundesrepublik sowie anderen europäischen Ländern als "Kommunistische Partei der Türkei" auf.

Während die Kriegsrechtsbehörden über 50 Publikationen verboten haben und ihre Herausgeber in der Türkei inhaftierten, erwähnt der FIDEF-Bericht lediglich das Verbot der Tageszeitung der obengenannten politischen Gruppe und solidarisiert er sich ausschließlich mit den gefangenen Herausgebern dieser Zeitung. Doch zur gleichen Zeit als dieser Kongreß stattfand, stand die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran vor einem Militärgericht, um sich wegen ihrer Reden im letzten Wahlkampf verantworten zu müssen; während zahlreiche internationale Organisationen ihre Solidarität mit der 70-jährigen Altsozialistin bekundeten, wurde dieser Fall im FIDEF-Bericht mit keinem Wort erwähnt.

In einem anderen Abschnitt des Berichts setzt sich die FIDEF für die Rechte und fundamentalen Freiheiten des kurdischen Volkes in der Türkei ein. Wie die europäische Öffentlichkeit weiß, befindet sich der angesehene Soziologe Dr. Ismail Besikci mit einer Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren im Gefängnis, weil er für die Rechte und Freiheiten der Kurden in der Türkei eingetreten ist. Auch davon findet sich im FIDEF-Bericht kein Wort.

Was die Gewerkschaftsbewegung angeht, so wird in dem Bericht nur der Streik der Metallarbeitergewerkschaft erwähnt, deren Vorstand sich mehrheitlich aus Mitgliedern der oben erwähnten politischen Gruppe zusammensetzt. Der Massenstreik der Textilarbeitergewerkschaft, die auch der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) angehört, wird hingegen nicht erwähnt. Schließlich verteidigt der Bericht die spalterische Haltung der besagten politischen Gruppierung anlässlich der Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai 1979, obwohl diese Politik vom Vorstand der DISK verurteilt wurde.

Übertreibungen schaden der demokratischen Bewegung in der Türkei

Die einseitigen Übertreibungen der FIDEF fanden ihren Höhepunkt in einer Resolution betitelt "Freiheit für die Kommunistische Partei der Türkei", in der es heißt: "Bis heute haben mehr als 14.000 Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei unter Folter in den Gefängnissen ihr Leben verloren"

Es entspricht zwar den traurigen Tatsachen, daß alle progressiven Kräfte in der Türkei unmenschlicher Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt sind, und es befinden sich offensichtlich auch zahlreiche Mitglieder der TKP unter den Opfern, aber ihre Zahl ist auch nicht größer als die der Opfer anderer politischer Parteien und Gruppen.

Was die Todesfälle durch Folter in türkischen Gefängnissen angeht, so ist bekannt, daß als Verhör- und Einschüchterungsmethode Folterungen an der Tagesordnung sind und viele konkrete Fälle sind veröffentlicht worden. Aber die Behauptung, daß allein 14.000 Mitglieder dieser politischen Gruppe im Gefängnis durch Folter ums Leben gekommen seien, kann nicht ernsthafter Überprüfung standhalten.

Die besagte politische Gruppe beansprucht, die Führerin der türkischen Arbeiterklasse zu sein, obwohl neben ihr andere politische Formationen wie die Arbeiterpartei der Türkei und die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei einen beherzten Kampf innerhalb und mit der Arbeiterklasse nach wissenschaftlich-sozialistischen Prinzipien führen. Jede politische Gruppe, die sich als Speerspitze der Arbeiterklasse bezeichnet, sollte eine Behauptung wie der Tod von 14.000 ihrer Mitglieder handfest belegen und beweisen. Fälschungen und Übertreibungen der hier gemachten Art schaden nämlich nicht nur dem Ansehen ihrer Autoren sondern demokratischen Kampf aller fortschrittlichen Kräfte der Türkei.

In der Türkei stehen heute all fortschrittlichen Gruppen und Parteien unter Verfolgung, und einige von ihnen haben bereits noch größere Opfer hinnehmen müssen als die von der FIDEF vorgestellte Gruppe. So wurden z.B. in einer einzigen Nacht im Oktober 1978 sieben Genossen der Arbeiterpartei der Türkei ermordet. Bis heute wurde in der Türkei drei Revolutionäre wegen Mitgliedschaft und Aktionen in einer marxistisch-leninistischen Gruppe hingerichtet, aber keiner gehörte der besagten politischen Gruppe an. Solche Fälschungen stellen daher eine Beleidigung aller gefallenen Genossen anderer sozialistischer und demokratischer Organisationen dar.

Wenn es sich hier um den Versuch handelt, als die Gruppe mit den meisten Opfern das größere Ansehen bei der revolutionären Bewegung im Ausland zu erringen, dann bedeutet dies gleichzeitig ein Mangel an Respekt vor dem Ausland, das sich stets mit den demokratischen Kräften der Türkei solidarisiert hat und früher oder später auch in dieser Angelegenheit die Wahrheit erfahren wird. (F-AZ-DG -6/4)

#### BERICHT ÜBER VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI

BRÜSSEL (ITA) - Vom 31. März bis zum 4. April 1980 besuchten Vertreter zweier internationaler demokratischer Organisationen die Türkei, um einen Bericht über die Verletzung von Menschenrechten in diesem Lande zu erstellen.

Pierre Vandernoot und Jean-Claude Wartel hielten im Namen der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen bzw. des Weltgewerkschaftsbundes im Brüsseler Internationalen Pressezentrum eine Pressekonferenz zu diesem Thema ab.

Obwohl es noch zu früh sei, von der Türkei als einem faschistischen Land zu sprechen, so vertraten sie doch den Standpunkt, daß die Türkei zur Zeit eine Entwicklung durchmacht, die dem Vorabend der Hitlerschen Machtergreifung in den frühen 30-er Jahren entspricht. Ihr Bericht im Wortlaut:

"Die Zeugenaussagen, die wir aus Gewerkschaftskreisen, von Journalisten, Physikern, Schriftstellern, Rechtsanwälten und verschiedenen anderen Persönlichkeiten erhielten, veranlassen uns, mit Nachdruck an die internationale Öffentlichkeit zu treten. Wir waren Zeuge des Abbaus demokratischer Rechte in einer Stadt unter Kriegsrecht: Istanbul. Dort sind bereits zahlreiche Freiheiten eingeschränkt. Seit November 1979 sind 46.000 Personen verhaftet und eingesperrt, ein großer Teil von ihnen gefoltert worden. Die Militärbehörden gehen mit repressiven Maßnahmen gegen Berufsorganisationen vor (ihre Führer werden verhaftet, ihre Niederlassungen geschlossen, die Büros durchsucht). Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst werden aus politischen Gründen entlassen. Gewerkschafts- und Parteivorsitzende werden verhaftet und in den politischen Gerichtsverfahren werden die Rechtsanwälte in der Ausübung ihres Amtes behindert. Einige der Rechtsanwälte wurden sogar selbst verhaftet und angeklagt. Zeitungen werden verboten, Journalisten und Schriftsteller wegen ihrer Arbeiten verfolgt!"

"Für die fegewärtige Situation können zahlreiche Beispiele genannt werden. Es soll genügen, auf die Verhaftung der 70-jährigen Behice Boran, Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) hinzuweisen, die in breiten demokratischen Kreisen wegen ihres mutigen Eintretens für die Demokratie geachtet wird, auf Ridvan Budak, den Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft, auf Gültekin Gazioglu, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Aller Lehrer (TÖB-DER). Die Tageszeitung Politika, das Mitteilungsblatt der Metallarbeitergewerkschaft, wurde von der Kriegsrechtsbehörde in Istanbul für unbestimmte Zeit verboten. Ein Schriftsteller befindet sich im Gefäng-

nis, weil er Lenins "Was tun?" übersetzte."

"Der politische Terror, der offensichtlich sogar in einigen Abteilungen des Staatsapparats Unterstützung findet, stellt eine zusätzliche Gefahr für die bereits erschütterte Demokratie in der Türkei dar. Im türkischen Parlament werden z.Zt. mehrere Gesetzesvorlagen behandelt, die auf eine Einschränkung demokratischer Freiheiten zielen, besonders auf die Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Die Ergebnisse der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und des Weltgewerkschaftsbundes machen es notwendig, die internationale Öffentlichkeit und demokratische Organisationen aufzurufen, ihre Solidarität mit den Völkern der Türkei zu bekunden." (FSM-AIJD-DG-16/4)

#### INTERNATIONALE KAMPAGNE FÜR BEHICE BORAN

BRUSSEL (ITA) - Am 22. April 1980 stand die Vorsitzende der TIP, Frau Behice Boran, erneut vor dem Militärgericht in Ankara; ihr wird vorgeworfen, "kommunistische Propaganda während ihrer Wahlreden zu den Oktoberwahlen 1979 betrieben" zu haben.

Gemäß Artikel 142 des türkischen Strafrechts hat der Militärstaatsanwalt eine Gefängnisstrafe von bis zu 39 Jahren für die 70-jährige Sozialistin beantragt. Während der Verhandlung haben die Rechtsanwälte von Frau Boran das Militärgericht aufgefordert, die Prozeßakte an das Verfassungsgericht weiterzuleiten, damit der aus dem Jahre 1936 stammende und aus Mussolinis Strafgesetzbuch übernommene Artikel 142 überprüft und annulliert werde.

#### Protestbotschaften

Das Verfahren gegen Frau Boran hat eine weltweite Reaktion der Sympathie hervorgerufen und viele internationale Organisationen haben in Telegrammen an den türkischen Premierminister gegen die Verfolgung protestiert. Hier einige Beispiele:

- Gordon McLennan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens:  
"Es klingt überraschend, daß im Jahre 1980 eine international bekannte politische Persönlichkeit wegen einer solchen Anklage in der Türkei vor Gericht steht. Es ist für mich unverständlich, daß ein Land, das eine Demokratie sein will, solche Praktiken aufrecht erhält. Die Tatsache, daß Frau Boran offensichtlich aufgrund des Artikels 142 des türkischen Strafrechts verklagt wurde, bringt diesen Artikel unter noch schärfere Kritik, zumal es allgemein bekannt ist, daß er 1936 dem Mussolinischen Strafgesetzbuch entlehnt wurde. Es gibt ohne Zweifel viele Menschen in ihrem Land, die davon ausgehen, daß es im Interesse der türkischen Demokratie wäre, wenn Artikel 142 vollständig gestrichen würde."
- Ekzekias Papaioannou, Generalsekretär der AKEL (Zypern):  
"Das Zentralkomitee der AKEL protestiert aufs Schärfste gegen die Verfolgung der TIP-Vorsitzenden Behice Boran und verlangt ihre sofortige Freilassung, die Streichung faschistischer Gesetze und die Freilassung aller politischen Gefangenen."
- Das Sekretariat der Kommunistischen Partei Italiens:  
"Besorgt über die Nachricht, daß die TIP-Vorsitzende Behice Boran vor einem Militärgericht steht, bitten wir Sie zu verhindern, daß Frau Boran erneut wegen ihrer politischen Überzeugung ins Gefängnis kommt."
- Die Belgische Vereinigung Demokratischer Juristen:  
"Wir sind entsetzt, daß in der Türkei immer noch Praktiken an der Tagesordnung sind, die eine Verletzung der bürgerlichen Freiheiten, besonders der Meinungsfreiheit, darstellen. Die Verfolgungen der Militärgerichte aufgrund Artikel 142 des türkischen Strafrechts sind ebenso skandalös wie die Tatsache, daß nichts gegen die neofaschistischen paramilitärischen Kommandos unternommen wird, die Terror im Lande verbreiten und das politische Morden ohne Strafe fortsetzen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für Frau Boran und die gesamte demokratische und friedliebende Bewegung in der Türkei."
- Die Vorsitzende der Belgischen Frauenbewegung, Frau A. Delcourt:  
"Wir sind eine Organisation von über 100.000 belgischen Frauen, die sich zusammengeschlossen haben, um für die Verwirklichung der Menschenrechte zu kämpfen. Alle Frauen auf der ganzen Welt, die diese Ziele verfolgen, sind unsere Schwestern, und wir sind bestürzt über die Tatsache, daß Frau Boran mit einer Gefängnisstrafe bedroht wird. Bitte vergessen Sie nicht, daß Behice Boran ihr ganzes Leben der Ver-

teidigung der Menschenrechte gewidmet hat. Wir werden mit Aufmerksamkeit den Fortgang des Prozesses verfolgen und Frau Borans Schicksal beobachten."

Auch die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Belgiens Le Drapeau Rouge und die Zeitung der Christlichen Belgischen Arbeiterbewegung La Cité haben ausführliche Artikel zum Fall Boran veröffentlicht.

#### Alle Vorstandsmitglieder der TSIP vor Gericht

Jetzt stehen auch die Vorstandsmitglieder einer weiteren sozialistischen Partei vor einem Militärgericht: am 26. März 1980 wurde gegen den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) und seine Vorstandsgenossen vor dem 1. Militärgericht des Kriegsrechtskommandos der Provinz Istanbul verhandelt. Sie werden beschuldigt, in ihrer Grußbotschaft an das ZK der KPdSU anlässlich des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution Propaganda für den Kommunismus betrieben zu haben. Nach Verhängung des Kriegsrechts in dieser Provinz war die Prozeßakte an das Militärgericht übergeben worden.

(G-Y-CB-DG-23/4)

#### UNTERDRÜCKUNG IN DER KURDENREGION DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Im April 1980 wurde die osttürkische Provinz Mardin Schauplatz blutiger Zwischenfälle. Während einer Einschüchterungsoperation der Streitkräfte in diesem Gebiet wurden ein Armeehauptmann und zwei weitere Soldaten von Widerstand leistenden Zivilisten erschossen.

In der Provinz Mardin wohnen hauptsächlich Kurden. Nach der Bluttat kritisierte der ehemalige Innenminister Hasan Fehmi Gunes die Praktiken der gegenwärtigen Regierung und sagte: "Solche Militäroperationen, mit denen die Bevölkerung eingeschüchtert werden soll, können gefährliche Folgen haben und die Bevölkerung zu einem allgemeinen Aufstand anstacheln."

Nach Angaben von Gunes hat die Zahl der bewaffneten Kurdenorganisationen in diesem Gebiet infolge der Einschüchterungskampagnen des Militärs sprunghaft zugenommen.

(C-15/4)

#### SOLIDARITÄTSKAMPAGNE FÜR DEN SOZIOLOGEN BESIKCI

BRÜSSEL (ITA) - Die weltweite Kampagne für die Freilassung des türkischen Soziologen Ismail Besikci, der eine Gefängnisstrafe verbüßt, weil er für die Freiheiten und fundamentalen Rechte des kurdischen Volkes in der Türkei eingetreten war, erhält wachsenden Zulauf.

Jetzt haben die Vorsitzende der Schweizerischen Schriftstellervereinigung Frau Mousse Boulanger und der Vorsitzende der Schwedischen Schriftstellergewerkschaft Jan Gehlin Telegramme an den Präsidenten der Republik und an den türkischen Premierminister gerichtet, in denen diese aufgefordert werden, sich für die Freilassung des geachteten Soziologen einzusetzen. (Nähere Einzelheiten über den Fall im INFO-TÜRK BULLETIN, Oktober 1979).

(MB-DG-15/4)

#### POLITISCHER DRUCK AUF LEHRER IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Nach dem Verbot der VEREINIGUNG ALLER LEHRER DER TÜRKEI (TÖB-DER) und der Verhaftung ihrer Führer greift die Regierung Demirel nun zu einer weiteren antidemokratischen Maßnahme gegen Lehrer. Eine neue Verordnung sieht vor, daß 3.200 türkische Lehrer, die mit der Erziehung türkischer Kinder im europäischen Ausland beauftragt sind, ihre Anstellung verlieren und durch solche Lehrer ersetzt werden, die ideologisch und politisch ins Konzept der Rechtsparteien passen.

Diese Maßnahme hat bereits eine weltweite Reaktion hervorgerufen. Die Internationale Lehrgewerkschaft (FISE) schickte eine Solidaritätsadresse an die TÖB-DER und protestierte gegen diese repressiven Maßnahmen. Ein ähnlicher Protest wurde von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Belgien veröffentlicht. (G-HC-DG-24/4)



REDAKTEURE VERURTEILT - INTELLEKTUELLE VERFOLGT

ISTANBUL (ITA) - Ein Militärgericht in Istanbul verurteilte den Chefredakteur der Tageszeitung Politika Aydin Engin und den verantwortlichen Redakteur der gleichen Zeitung Tamer Kayas zu zehn Monaten Gefängnis bzw. einer Geldstrafe von 30.000 TL; sie waren angeklagt, die türkischen Streitkräfte verletzt und verspottet zu haben.

Der Militärstaatsanwalt hat ein neues Verfahren gegen den Leitartikel-Redakteur der Tageszeitung Demokrat Emil Galip Sandalci und den verantwortlichen Redakteur der gleichen Zeitung Isik Yurtcu eröffnet. Sie sind angeklagt, einen vertraulichen Brief des Nationalen Sicherheitsrats veröffentlicht zu haben.

Die türkische Ausgabe eines Buches des englischen Schriftstellers Maurice Cornforth mit dem Titel "Kommunismus und die Werte der Menschlichkeit" wurde auf erstinstanzlichen Beschluß eines Gerichts in Ankara beschlagnahmt. Der Übersetzer des Buches, Siar Yalcin, steht unter Anklage, "kommunistische Propaganda betrieben" zu haben.

Zwei berühmte türkische Musiker, Cem Karaca und Sarper Özsan, stehen vor einem Militärgericht in Istanbul, weil sie eine Langspielplatte mit dem Titel "Der 1.Mai" produziert haben. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie in Liedern auf dieser Platte kommunistische Propaganda betrieben.

Einem Bericht der Tageszeitung Le Monde vom 10. April 1980 zufolge hat eine Militäreinheit ein Gefängnis auf einer Insel im Marmarameer gestürmt, wo der berühmte türkische Filmemacher Yilmaz Güney einsitzt. Die Soldaten bemächtigten sich aller seiner Bücher und verbrannten sie im Hof des Gefängnis. Güney war wegen mutmaßlichen Mordes zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Während er im Gefängnis sitzt, werden seine Filme bei internationalen Filmfestspielen mit Preisen ausgezeichnet. Einige seiner Filme: "Feind", "Freund" und "Hoffnung".

In Ankara wurde die Tageszeitung Yeni Halkci von den Kriegsrechtsbehörden verboten.

In Istanbul wurde der Redakteur der Wochenzeitschrift Kitle Yusuf Hasancebi vor einem Zivilgericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Staatlichen Geheimdienst (MIT) kritisiert hatte. (C-M-Y-GD-LM-24/4)

UNTERDRÜCKUNG IM TÜRKISCHEN TEIL ZYPERNS

NIKOSIA (ITA) - Parallel zur Türkei übt auch die Regierung des sogenannten Türkischen Bundesstaates auf Zypern Druck auf fortschrittliche Intellektuelle aus. Am 8. April 1980 wurde der Präsident des Verlagshauses Yarin Ergin Birinci vor das Militärgericht von Nikosia geladen. Ihm wird vorgeworfen, die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Türkischen Bundesstaat auf Zypern durch die Herausgabe der Zeitung "Das Sozialistische Zypern" zu vergiften. Birinci ist auch Mitglied des Vorstands der Sozialistischen Befreiungspartei, der wichtigsten oppositionellen Organisation im türkischen Teil der Insel. (C-DG-15/4)

SIEBTER INTERNATIONALER KARIKATURISTEN -WETTBEWERB

Die Karikaturistenvereinigung und die "Vereinigung für Nasreddin Hodja und für Tourismus in Aksehir" vertreten die Ansicht, daß der Humor, das "lachende Nachdenken", und die humoristische Zeichnung als die universale Sprache des Humors eine äußerst wirksame Waffe im Kampf für eine tolerantere und friedlichere Welt gegen den Geist, der niemals lacht, darstellen.

Jedes Jahr findet in Aksehir zum Gedenken an den türkischen Meister des volkstümlichen Humors Nasreddin Hodja vom 5. bis 10. Juli ein Festival statt. Während des Festivals 1973 wurde unter türkischen Künstlern ein Karikaturistenwettbewerb veranstaltet, der seit 1974 alljährlich als Internationaler Karikaturistenwettbewerb fortgesetzt wurde. Auch in diesem Jahr organisiert die "Vereinigung für Nasreddin Hodja und Tourismus in Aksehir" wieder einen solchen internationalen Wettbewerb.

Teilnahmebedingungen:

- a) Teilnahmeberechtigt sind Künstler aus aller Welt.
- b) Die Teilnehmer können bereits veröffentlichte oder noch unveröffentlichte Werke einsenden; sie dürfen mit diesem Werk noch keinen anderen Preis gewonnen haben.
- c) Die Themenstellung der Arbeit ist frei.
- d) Es kann nur eine Arbeit eingereicht werden.
- e) Die Zeichnungen dürfen das Format 42x42 cm nicht überschreiten. Die Verpackung muß gegen Beschädigung beim Posttransport versichert sein.
- f) Einsendeschluß ist der 15. Juni 1980.
- g) Bewerber, die zum erstenmal am Wettbewerb teilnehmen, legen ihrer Arbeit eine Kurzbiografie und ein Photo von sich bei.
- h) Preise: 1. Hauptpreis ist eine Hodja-Goldplakette und 15.000 TL  
 2. Weitere fünf Auszeichnungen (Hodja-Bronzeplaketten)  
 3. Verschiedene Unternehmen, Vereine, Zeitungen, Gewerkschaften und Agenturen verleihen wertvolle Sonder- und Geldpreise.
- i) Der Wettbewerb findet vom 5. bis 10. Juli in Aksehir statt.
- j) Die ausgezeichneten Arbeiten gehen in die Sammlung des Karikaturmuseums über.
- k) Die eingeschickten Werke werden in einem Album veröffentlicht, das jedem Einsender zugeschickt wird. Die Auswahl wird von einer Jury getroffen.
- l) Die Teilnehmer werden gebeten, ihre Arbeiten dem Karikaturmuseum in Istanbul zur Verfügung zu stellen.
- m) Nach Ausstellungen in Aksehir und Istanbul werden die eingesandten Arbeiten an die Künstler zurückgeschickt.

Hiermit bestelle(n) ich/wir das INFO-TÜRK BULLETIN für ein Jahr zum Preis von 15,00 DM.  
 Das Abo verlängert sich, wenn es nicht vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

Türkisch	Deutsch	Englisch	Französisch
0	0	0	0

Name : ..... Adresse : .....

Erhältlich über die  
 INFO-TÜRK AGENTUR :

- MASSAKER IN ANKARA - WARUM ?  
 " Bericht und Hintergrund "
- Fine illustrierte Broschüre über politische Gewalt der Türkei, 48 Seiten.
- TURKEY AND THE WORLD  
 Rede von Behice Boran, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei. ( Nur in Englisch erhältlich )

• Hiermit bestelle(n) ich/wir die Broschüre

..... Exemplar(e) MASSAKER IN ANKARA - WARUM ?  
 Bericht und Hintergrund

Englisch	Französisch	Deutsch
0	0	0

..... Exemplar(e) TURKEY AND THE WORLD TODAY